

SOWI-ARBEITSPAPIER NR. 50

Heinz-Ulrich Kohr

ÖFFENTLICHE MEINUNG,
WERTEWANDEL UND SICHER-
HEIT

München, Mai 1991

INHALT

Seite

Zum Begriff der öffentlichen Meinung	
öffentliche Meinung und Individualmeinungen	
Instrumentelle und existentielle Werte	
Meinungsänderung - "zufällig" oder "systematisch"?	
Zur Verbindlichkeit von Werten	
Ergebnisse von Umfragen zu militärischen und sicherheitspolitischen Fragen	
Veränderungen in den Orientierungen gegenüber Militär und Sicherheit	
Neue Sicherheitsbedrohungen	
Soziale Sicherheit, Wehrdienst und Ersatzdienst	
Primär- und Sekundärfunktionen der Streitkräfte	
Probleme der Funktionserweiterung der Streitkräfte	
Wertewandel und Funktion der Streitkräfte	
Wehrdienst und Gesellschaftsdienst:	
Erste Untersuchungsergebnisse	
Sicherung der Zukunft - zur Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Diskurses	
Literatur	

Zum Begriff der öffentlichen Meinung

Unter öffentlicher Meinung (ÖM) zu einem Sachverhalt soll verstanden werden: die in einer Population zu einem gegebenen Zeitpunkt und in einem bestimmten sozio-politischen Kontext vorliegende Verteilung von nicht direkt, sondern nur durch Indikatoren näherungsweise erfaßbarer Zustimmung, Ablehnung und Indifferenz zu diesem Sachverhalt. Öffentliche Meinung ist als ein Konstrukt aufzufassen, das nicht direkt empirisch abbildbar, "meßbar" ist.

Im sozialwissenschaftlichen Zusammenhang werden gewöhnlich Fragen, Items oder Statements als Indikatoren benutzt. Die typische, am häufigsten benutzte Methode zur Erfassung der ÖM ist die der Meinungsbefragung (public opinion polling). Methoden qualitativer Art (z.B. Interviews, Inhaltsanalysen etc.) sind zwar keineswegs ausgeschlossen, hier jedoch sollen die üblichen quantitativen Methoden vorrangig betrachtet werden.

Die Definition ist ziemlich abstrakt und insofern auch vieldeutig. Sie macht jedoch auf folgende Punkte aufmerksam:

1. ÖM als Konstrukt ist natürlich methodenunabhängig, wird jedoch meist mit dem gleichgesetzt, was aus sogenannten "repräsentativen" Meinungsbefragungen resultiert. Der Begriff der Repräsentativität hat inzwischen in die politische Rhetorik Eingang gefunden. Repräsentativität gilt als Nachweis (zumindest aber als notwendige Bedingung) dafür, daß die Ergebnisse einer Befragung als angemessene Widerspiegelung der ÖM gelten können. Daß dies häufig ein Trugschluß sein dürfte, liegt auf der Hand. Sieht man einmal gänzlich von vielfältig möglichen Methodenfehlern ab, so bleibt nämlich zu bedenken, daß Befragungen stets in bestimmten Interessen- und Verwertungszusammenhängen stattfinden. So hat ÖM in den westlichen Demokratien auch im Kontext von Persuasion und Legitimation dienende Funktion. Wer die ÖM wann, bei welcher Population und mit welchen Methoden/Indikatoren zu erfassen versucht, bestimmt sich folglich nicht nur nach wissenschaftlichen Kriterien. ÖM und praktische Politik sind komplex miteinander verflochten, beeinflussen sich wechselseitig.
2. ÖM ist grundsätzlich als dynamischer Prozeß zu verstehen, sie unterliegt einem Prozeß ständiger Veränderung. Phasen relativer zeitlicher Konstanz können ebenso auftreten wie Phasen rascher und grundlegender Veränderung. Befragungen führen aber, bildlich gesprochen, lediglich zu Momentaufnahmen dieses Prozesses. Im zeitlichen Verlauf kann sich in einer Population das Gefüge von Akzeptanz, Indifferenz und Ablehnung verschieben (z.B. kann Akzeptanz zu Lasten der Ablehnung bei gleichbleibender Indifferenz zunehmen etc.).

Dies ist aber nur der einfachste Fall im Veränderungsprozeß. In Abhängigkeit von sozialen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen entstehen nämlich ferner neue Problemlagen und/oder modifizierte Sichtweisen und Auffassungen gegenüber bereits bestehenden Problemen. Daraus folgt, daß neue Indikatoren erforderlich werden und daß bereits früher benutzte Indikatoren ihre Indikatorfunktion verändern oder völlig verlieren können. Befragungsergebnisse sind ihrem Charakter nach statisch, während ÖM ein Prozeß ist. Befragungen unterliegen damit prinzipiell dem Problem, daß der Prozeß, den sie ja nur behelfsweise

abzubilden vermögen, zeitlich und inhaltlich sich bereits mehr oder weniger von der Momentaufnahme entfernt haben kann. Ob und inwieweit dies der Fall ist, läßt sich aber mit Hilfe der Befragung grundsätzlich nicht klären. In eine Befragung kann eben nur das aufgenommen werden, was vor der Befragung bereits als Problem antizipiert werden konnte. Das bedeutet natürlich nicht, daß Befragungen nicht ihre Berechtigung als Mittel zur Informationsgewinnung hätten - es ist aber wesentlich, daß ihre grundsätzlichen Beschränkungen und Probleme nicht aus dem Blick geraten (vgl. Kohr, 1989).

3. Wenn ÖM auch eine Abstraktion darstellt, so basiert sie doch letztendlich auf den Meinungen von Individuen, die im Regelfall in Interview oder Befragung erhoben werden. ÖM ist folglich eine Funktion von Individualmeinungen, aber die Beziehung zwischen ÖM und Individualmeinungen ist komplex. Um ÖM:als Prozeß analysieren und verstehen zu können, ist die Frage zentral, wovon die Meinungen der einzelnen abhängig sind, was ihre Konsistenz, ihre Konstanz und ihre Zentralität beeinflusst.

Öffentliche Meinung und Individualmeinungen

Um dies genauer beschreiben zu können, ist zunächst eine Bestimmung dessen nützlich, was hier unter Individualmeinung, also unter der Meinung einer Person, verstanden werden soll: Eine Meinung ist eine mehr oder minder affektiv (Akzeptanz oder Ablehnung oder Indifferenz) geladene Kognition, die sich auf ein psychisches Objekt (ein Objekt der Außenwelt, eine Situation, einen Sachverhalt) bezieht. Gleichgültig ob "richtig" oder "falsch", "zutreffend" oder "unzutreffend" etc., besteht also eine Meinung aus Information/Wissen über ein psychisches Objekt und aus dem damit verbundenen Affekt. Meinungen stehen im Regelfall nicht beziehungslos nebeneinander, sondern sie sind bereichsspezifisch und abhängig von ihrer Zentralität (der Bedeutung für die Person) mehr oder weniger stark integriert. Sie repräsentieren im kognitiven System der Überzeugungen einer Person gewissermaßen die elementarste Ebene. Einzelne Meinungen sind bereichsspezifisch organisiert in Einstellungen. Je nach Zentralitätsgrad des Bereichs für die Person ist der Organisationsgrad stärker oder schwächer, die Zahl der organisierten Meinungen größer oder kleiner und der Bezug zum konkreten Handeln im Sinne von Präferenz oder Aversion unterschiedlich.

Der Bereich "militärische Sicherheit", der uns hier besonders interessiert, kann für eine Person zentral und relevant sein (z.B. für einen Soldaten, einen Sicherheits-/Verteidigungspolitiker, einen Wehrdienstverweigerer), für eine andere Person mag er dagegen weitgehend irrelevant sein. Natürlich können sich Zentralität und Relevanz auch verändern, z.B. in Abhängigkeit von politischen Ereignissen (militärische Konflikte; öffentliche politische Kontroversen etc.), als Folge von Lebenslaufereignissen (anderer Beruf, andere Freundschaftsbeziehungen; Ableisten von Militär- oder Ersatzdienst etc.).

Instrumentelle und existentielle Werte

Die komplexesten und im Konfliktfall Dynamik induzierenden Elemente des soziomoralischen Bewußtseins einer Person (vgl. Kohlberg, 1984) repräsentieren instrumentelle und vor allem existentielle (Rokeach, 1973: "terminale") Werte, die man als generalisierte, nicht bereichsspezifische und in diesem Sinne abstrahierte Einstellungen verstehen kann. Instrumentelle Werte beziehen sich auf die Frage, auf welche Weise man glaubt, ein Ziel erreichen zu können/sollen, während existentielle Werte die zentralen soziomoralischen (religiösen oder weltanschaulichen) Auffassungen, Perspektiven und Interpretationen einer Person betreffen.

Werte sind keineswegs auf simple Weise entscheidungs- und handlungsleitend. Sie dienen aber bewußt oder unbewußt zur Bewertung und zur Auswahl bei Entscheidungen und Handlungsalternativen. Im Zusammenhang mit Entscheidungen oder Handlungen werden Werte im Regelfall dann bewußt, wenn diese miteinander konfliktieren. Routinisierte Alltagsentscheidungen sind zwar auch mit Werten verbunden - insbesondere mit instrumentellen -, dies wird dann aber normalerweise nicht bewußt, da Routine en weder mit Präferenz oder mit Aversion verbunden ist und somit kein Konflikt vorliegt bzw. bewußt wird.

Da Werte miteinander verknüpft und im soziomoralischen Bewußtsein einer Person mehr oder minder komplex organisiert sind, ist die Frage danach, welcher einzelne Wert auf welche Weise eine Beurteilung, Entscheidung oder Handlung bestimmt, nicht sinnvoll. Ebenso wenig ist es sinnvoll, davon auszugehen, daß sich Werte einfach verändern oder gar manipulieren ließen. Sie sind als zentrale Bestandteile des soziomoralischen Bewußtseins einer Person gegenüber Bemühungen dieser Art ziemlich resistent. Werte lassen sich nicht pädagogisch oder persuasiv vermitteln sondern werden durch Lernen und Erfahrung im Verlauf der Sozialisation in das soziomoralische Bewußtsein einer Person integriert. Die äußeren (Umwelt) und inneren (Persönlichkeit) Gegebenheiten der Sozialisation sind entscheidend dafür, ob bestimmte Werte überhaupt internalisiert werden oder nicht.

Meinungsänderung - "zufällig" oder "systematisch"?

Als Konsequenz ergibt sich z.B. für die Frage der Vermittlung von gewünschten oder der Veränderung von bestehenden sicherheitspolitischen Positionen und Standpunkten, daß man einer Fehleinschätzung unterliegt, wenn man glaubt, man könne dies durch simple Information und Kommunikation - etwa analog zur Produktwerbung - erreichen (vgl. Kohr und Lippert, 1990). Zwar läßt sich nicht selten in Befragungen die Zunahme oder Abnahme von Akzeptanz aufzeigen. Daten dieser Art sind aber weitgehend belanglos, wenn nicht zugleich der Zusammenhang mit den oben skizzierten Tiefenstrukturen des soziomoralischen Bewußtseins (Einstellungen, Orientierungen, Werte) untersucht wird. Eine Veränderung ist nämlich nur dann relevant, wenn sie sich nicht nur gewissermaßen auf der Oberfläche als Meinungsänderung manifestiert, sondern wenn sie auch konsistent mit zentralen Einstellungen und Werten verbunden ist. Unter sonst gleichen Bedingungen ist nämlich eine Meinung umso leichter zu verändern, je irrelevanter und dezentraler der Bereich, auf den sich die Meinung bezieht, für eine Person ist. Scheinbare Inkonsistenzen, rasche Meinungsänderungen gerade im Bereich Sicherheitspolitik und Militär lassen sich oft einfach damit erklären, daß der Bereich für die Befragten nicht zentral ist und des-

halb die Antwortreaktionen im Sinne von Beliebigkeit zufällig ausfallen. Schlußfolgerungen, die sich auf derartig "belegte" Veränderungen beziehen und dabei die oben angesprochenen Probleme negieren, sind voreilig und unter wissenschaftlicher Perspektive als unseriös einzuschätzen.

Zur Verbindlichkeit von Werten

Ein Themenbereich dieser Überlegungen ist der Einfluß von Wertewandel (vgl. allgemein dazu z.B. Inglehart, 1989) und gesellschaftlichem Wandel auf sicherheitspolitische Orientierungen und Orientierungen gegenüber dem Militär (vgl. Kohr und Räder, 1990). Welche Bedeutung dem Thema "Wertewandel" nunmehr auch aus militärischer Sicht, insbesondere im Hinblick auf Innere Führung, beigemessen wird, zeigt das Sonderheft "Wertewandel(n)" der Zeitschrift "Information für die Truppe" (3/1989).

Mit dem Themenbereich verbunden ist die Frage, welche Verbindlichkeit Werte in der heutigen Gesellschaft haben. Dazu ist zunächst festzustellen, daß im Verlauf der Zeit eine starke Differenzierung von Werten stattgefunden hat: Gesellschaftliche Gruppen und Institutionen vertreten unterschiedliche Werte; selbst bei den sogenannten "Grundwerten" sind die Interpretationen dessen, was konkret z.B. unter Freiheit oder Gleichheit verstanden wird, nicht deckungsgleich. Man muß davon ausgehen, daß es in einer hochdifferenzierten Industriegesellschaft, wie sie die Bundesrepublik repräsentiert, eine allgemeine Akzeptanz von Werten nicht gibt. Die Vorstellung, man könne einen Satz von Werten als verbindlich erklären und festlegen, daß dies die einzig gültigen Werte dieser Gesellschaft seien, ist unrealistisch, da sie nicht dem Differenzierungs- und Entwicklungsstand unserer Gesellschaft entspricht.

Verbindlichkeit von Werten läßt sich in einer hochdifferenzierten pluralistischen Gesellschaft nicht herstellen; bestenfalls über Grundwerte besteht eine Art Konsens, der sich aber in Detailfragen der Konkretion oft eher als rhetorisch denn als real erweist. Vor diesem Hintergrund wirken Tugendkataloge und Wertpräskriptionen eher hilflos und realitätsfern.

Es liegt nahe, daß Sozialwissenschaftler in einer Zeit, in der sich die Werte rasch wandeln und in der alte Selbstverständlichkeiten wie die von Militär und militärischer Verteidigung in Frage gestellt werden, auch dazu befragt werden, was denn die "richtigen" Werte einer Gesellschaft seien bzw. sein sollten. Eine wissenschaftlich begründete Antwort darauf ist nach Ansicht des Autors nicht möglich.

Wenn sich einerseits Werte nicht wissenschaftlich ableiten, begründen und legitimieren lassen und, sie aber andererseits eine zentrale Orientierungsfunktion für die Gesellschaft und insbesondere für gesellschaftliche Subsysteme haben, also als gesellschaftlich notwendig gelten, wer ist dann kompetent und legitimiert zur Auseinandersetzung mit Werten?

Der Idealvorstellung westlicher Demokratien entspricht die Idee, daß jeder Bürger am Prozeß der Definition und Modifikation von Werten teilhaben kann und soll. In der Praxis werden vor allem politische Mandatsträger durch ihre Wahl als hierzu politisch legitimiert betrachtet; der Prozeß ist aber bei weitem komplizierter, denn die Modifikation von Werten ist letztlich als Ergebnis von gesellschaftlichen Diskursen aufzufassen. Darauf haben Politiker zwar einen erheblichen Einfluß, aber der Prozeß wird nicht durch sie kontrolliert und bestimmt, sondern durch die Gesamtheit von hochkomplexen gesellschaftlichen und kulturellen Interaktions- und Kommunikationsprozessen, in denen natürlich auch die Öffentliche Meinung eine zentrale Rolle spielt.

Ergebnisse von Umfragen zu militärischen und sicherheitspolitischen Fragen

Nach diesen längeren Vorbemerkungen soll jetzt auf konkrete Untersuchungsergebnisse aus Bevölkerungsumfragen zu militärischen und sicherheitspolitischen Problemen eingegangen werden.

Wenn man Meinungsbefragungen zu diesen Themen in der Bevölkerung durchführt, dann gehen natürlich Feinheiten verloren. Denn die Fragen, die mit dem Ziel der Verständlichkeit formuliert sind, entsprechen in aller Regel nicht dem, was beispielsweise ein militärischer oder sicherheitspolitischer Experte als adäquat bezeichnen würde. Hier wird notwendigerweise Komplexität vermindert, es wird vereinfacht und auf das reduziert, was aus der Sicht der Bürger das wesentliche ausmacht.

Die Rechtfertigung für dieses Vorgehen liegt darin, daß man sich in Bevölkerungsbefragungen, bedingt durch den Vereinfachungsdruck, auf das bezieht, was der Bürger gewöhnlich wahrnimmt und akzeptiert bzw. ablehnt oder auch als irrelevant einschätzt. Die Fragen beziehen sich also im Regelfall auf das, was als demokratisch legitimiert oder legitimierbar gelten kann und an Experten bzw. Politiker gewissermaßen als Auftrag zur Umsetzung im Bereich von Sicherheitspolitik und Militär übertragen wird.

Sind die Perspektiven der Experten im sicherheitspolitischen Bereich nicht mehrheitlich durch die Bevölkerung akzeptiert, dann existiert offensichtlich ein Problem. Handelt es sich nicht nur um ein Darstellungs- oder Vermittlungsproblem, dann wird es notwendig, einen gesellschaftlichen Dialog zu beginnen, um festzustellen, welche Probleme aus welchen Gründen von der Bevölkerung anders als von den Experten eingeschätzt werden, welche Probleme in der Gesellschaft als besonders und welche als weniger dominant erlebt werden.

Veränderungen in den Orientierungen gegenüber Militär und Sicherheit

Wenn wir die Veränderungen im Meinungsbild zu Militär und Sicherheitspolitik betrachten, die sich im letzten Jahrzehnt vollzogen haben, so ist eines von herausragender Bedeutung: die alten Feindbilder, in denen der Antagonismus West-Ost dominierte, sind nahezu verschwunden. Noch vor 10 Jahren war die Situation wesentlich anders, und seit etwa Mitte der 80er Jahre kann man eine Abnahme der Bedrohungsperzeption konstatieren, deren Kern die Furcht vor dem militärischen und politischen Potential der Sowjetunion war.

Es besteht aber weiterhin die Auffassung, daß eine militärische Bedrohung vorhanden sei. Diese bezieht sich auf die Existenz der Nuklearwaffen, hat also weniger mit

der Vorstellung eines konkreten Feindes zu tun. Den "alten Feind" gibt es nun in der ÖM kaum noch, aber es gibt die Angst davor, daß Nuklearwaffen zum Einsatz kommen könnten, sei es durch ein technisches Versagen, durch einen menschlichen Fehler oder ähnliches. Im Bewußtsein ist weiterhin vorhanden, daß diese Waffen die Menschheit vernichten können. In diesem Sinne sind sie zu einem Symbol der Allgegenwärtigkeit und Unausweichlichkeit von Bedrohung und Risiko des modernen Lebens geworden.

Neue Sicherheitsbedrohungen

Nach der Auflösung des militärischen Ost-West Gegensatzes wird allerdings die primäre Bedrohung in unserem Land nicht mehr im militärischen Sektor gesehen. Es hat sich vielmehr ein neues Bewußtsein durchgesetzt, in dem Sicherheit komplexer gesehen wird (vgl. Räder, 1991), in dem andere Dimensionen von Sicherheit relevanter sind als militärische oder äußere Sicherheit.

In erster Linie ist hier das Bewußtsein zu nennen, daß die Bedrohungen, die von der Zerstörung der Umwelt ausgehen, besonders gravierend sind, daß sie jeden einzelnen betreffen und daß man sich gegen sie weder individuell noch kollektiv, auch nicht durch den Einsatz von Geld und Macht, unmittelbar schützen kann. Ferner beginnen die Bürger auch zu verstehen, daß sich die ökologischen Probleme nicht national lösen lassen, sondern daß nationenübergreifende gemeinsame Maßnahmen und systemisches Denken erforderlich sind.

Der durch die Bedrohung der Ökologie induzierte Wertewandel zeigt sich inzwischen bereits im Alltag, beispielsweise wenn darüber nachgedacht wird, welche Wasch- oder Geschirrspülmittel man verwendet, damit die Gewässer nicht weiter verschmutzt werden. Die starke Verunsicherung geht hin bis zum alltäglichen Essen, bei dem darauf geachtet wird, daß es möglichst frei von Düngemittelrückständen, Hormonen und Konservierungsstoffen ist. Es besteht inzwischen ein tiefes Mißtrauen gegenüber chemischen Stoffen in Produkten des täglichen Bedarfs. Spiegelbildlich dazu hat sich eine ganze Palette von Produkten entwickelt und etabliert, die den Befürchtungen der Konsumenten durch den Zusatz "biologisch" entgegenkommen und damit ökonomisch erfolgreich sind.

Die Ökologie ist derzeit der dominante Bereich, in dem Sicherheitsbedarf vorliegt. Man will sich primär gegen diese Bedrohung absichern, die ja mit militärischen Risiken nichts zu tun hat und der man mit militärischen Mitteln nicht begegnen kann.

Soziale Sicherheit, Wehrdienst und Ersatzdienst

Der zweite Bereich, in dem Bedrohungen wahrgenommen werden, betrifft die soziale Sicherheit und hier insbesondere die Frage, was in einer Gesellschaft wie der unseren, die sehr reich ist, mit den Alten, den Kranken, den Behinderten und Hilfsbedürftigen geschieht. Dabei entsteht in unserer Gesellschaft ein merkwürdiger Bezug zwischen diesen Problemen und dem Militär, genauer: zwischen sozialen Diensten, der allgemeinen Wehrpflicht und der Kriegsdienstverweigerung. Die sozialen und caritativen Einrichtungen in unserem Land sind nämlich darauf angewiesen (vgl. Kuhlmann, 1990), daß Ersatzdienstleistende, also junge Männer, die den Kriegsdienst verwei-

gert haben, in diesen Bereichen arbeiten und damit dazu beitragen, daß diese Art von Sicherheitsbedrohung gemindert wird.

Vor dem Hintergrund der zivil orientierten Bedrohungs- und Sicherheitsvorstellungen in der Bevölkerung kann es dann nicht sehr verwundern, wenn man bei der Frage nach der Bedeutung der Streitkräfte die auf den ersten Blick absurd erscheinende Argumentation hört, wir brauchten die Streitkräfte deshalb, weil es ohne diese ja auch keine Verweigerung, damit dann auch keine Ersatzdienstleistenden gäbe, und dann könnten ja die sozialen Probleme nicht mehr gelöst werden. Sicherlich ist dies eine bizarre, nicht von der Mehrheit geteilte Begründung für Militär. Diese ist im Zusammenhang mit unserem Thema aber wichtig, weil sie zeigt, daß ein wesentlicher Wertewandel insgesamt stattgefunden hat, der auch das Militär und militärisches Denken betrifft.

Ferner macht die Argumentation plakativ deutlich, daß für das Militär insgesamt, insbesondere aber für dessen Funktionen, eine Legitimationskrise existiert. Jedenfalls läßt sich aus den Befragungen feststellen, daß die traditionellen militärischen Funktionen ihre Selbstverständlichkeit verloren haben. Es muß darüber nachgedacht werden, wie man die Funktionen des Militärs in der Zukunft bestimmen soll. Dazu wird ein gesellschaftlicher Diskurs nötig sein, der gewiß nicht einfach ist und erhebliche Kontroversen auslösen wird.

Primär- und Sekundärfunktionen der Streitkräfte

Die Prognose des Autors geht dahin, daß sich die Diskussion um die oben skizzierten Probleme in den nächsten Jahren intensivieren wird. Themen werden wahrscheinlich die Primärfunktionen des Militärs sein, also das, was man traditionell als Aufgabe des Militärs begreift. Die Aufgabe wird erhalten bleiben, aber die Art und Weise, wie die Aufgabe wahrgenommen wird, dürfte sich ändern. Hinzukommen werden beispielsweise Aufgaben der Rüstungskontrolle und Verifikation, außerdem möglicherweise supranationale Aufgaben im Auftrag der UNO.

Als Reaktion auf den Schwund des Feindbildes wird außerdem der Umfang der Streitkräfte erheblich reduziert werden.

Breitere Diskussionen und besonderes öffentliches Interesse sind im Zusammenhang mit der Diskussion der Sekundärfunktionen des Militärs zu erwarten.

Mit Sekundärfunktionen sind Tätigkeiten und Aufgaben gemeint, die zwar nicht mit der Landesverteidigung oder Verteidigungsaufgaben im Rahmen eines Bündnisses verbunden sind, die aber wegen Art und Umfang der Aufgabe nur von gut organisiertem, rasch einsatzfähigem und hinreichend ausgerüstetem Personal bewältigt werden können. Beispiele für solche Aufgaben sind Einsätze bei nationalen oder internationalen Katastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen etc., oder bei ökologischen Katastrophen wie Boden- oder Wasserverseuchung. Diese sozialen oder ökologiebezogenen Einsätze werden wegen ihrer humanitären Bedeutung selbstverständlich von der Bevölkerung befürwortet und unterstützt.

Sekundärfunktionen, so wird konsequenterweise nicht selten argumentiert, könnten den Sinn der Streitkräfte neu bestimmen, der traditionelle Aufgabenbereich könne um

humanitäre Aufgaben der beschriebenen Art erweitert werden. Solche Überlegungen sind zweifellos auf den ersten Blick attraktiv.

Probleme der Funktionserweiterung der Streitkräfte

Mit der Funktionserweiterung/Neubestimmung sind aber massive Probleme verbunden, die sich erst bei genauerer Betrachtung erschließen. Die Probleme sind vor allem darin begründet, daß die Gesellschaft zur Wahrnehmung der oben genannten Sekundärfunktionen bereits andere Institutionen geschaffen hat (vgl. dazu Kuhlmann und Lippert, 1991 a, b), die dafür spezifisch legitimiert, ausgerüstet und ausgebildet sind (man denke z.B. an die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk, Zivilschutzverbände etc.). Außerdem existieren zahlreiche private Organisationen und Initiativen, die sich Aufgaben dieser Art widmen (Greenpeace, Malteser Hilfsdienst, Rotes Kreuz, kirchliche Organisationen etc.).

Wenn nun die Streitkräfte solche Sekundärfunktionen in ihren Auftrag integrieren wollen, wird es darüber längerfristig eine heftige, kontroverse, gesellschaftliche Diskussion geben. Und es ist zu erwarten, daß bereits bestehende Institutionen dagegen Einspruch erheben werden.

Ich möchte dies hier nur an einem Beispiel deutlich machen. Im jetzt erweiterten Deutschland sind Böden und Gewässer in Regionen wie Bitterfeld/Leuna/Halle durch chemische Rückstände total verseucht. Die Dekontamination ist eine gewaltige Aufgabe.

Hier könnten im Prinzip die Streitkräfte zahlreiche Aufgaben übernehmen, und die Wehrpflichtigen würden Funktionen dieser Art auch als sinnvoll begreifen.

Gleichzeitig wäre die Hilfeleistung durch die Bundeswehr aber auch ein großes Problem und für viele nicht tolerabel, denn zivilen Unternehmen, die dafür als kompetent angesehen werden, würden damit gerade in einer Region, in der die Arbeitsplätze massiv bedroht sind, Handlungsmöglichkeiten beschnitten bzw. ganz entzogen. Ihre Leistungsangebote wären nämlich gegenüber den quasi kostenfreien Angeboten durch die Streitkräfte, die letztlich aus dem Steueraufkommen finanziert werden, natürlich nicht konkurrenzfähig. Da hierdurch die Chancen zur Schaffung von Arbeitsplätzen gemindert würden, ergäbe sich zwangsläufig auch der Protest von Gewerkschaften und Politikern.

Die Übernahme von Sekundäraufgaben durch die Bundeswehr ist also, wie das Beispiel aus dem Bereich Umweltschutz erkennen läßt, höchst problematisch. Wenn die Probleme ökonomischer Art sind, werden die Widerstände in einem marktwirtschaftlich orientierten System, wie sich unschwer prognostizieren läßt, besonders stark sein.

Es entsteht, so meine Hypothese, in unserem Lande eine eigenartige Situation. In der öffentlichen Meinung werden die humanitären Sekundärfunktionen für die Streitkräfte unterstützt, gleichzeitig gibt es aber massive und schwerwiegende Bedenken gegen Funktionserweiterungen. Da die Idee der Funktionserweiterung im wesentlichen ein Kind der militärisch-sicherheitspolitischen Entspannung der letzten Jahre und der sich daraus ergebenden Sinnfrage für den Umfang und die Art der Streitkräfte ist, gibt es zur Frage der Funktionserweiterung bisher nur in Ansätzen eine öf-

fentliche Diskussion. Diese wird aber, auch im Zusammenhang mit der Frage der Beibehaltung der Wehrpflicht (Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee), in den nächsten Jahren geführt werden. Ein wesentliches Druckmoment liefert dazu die bis Ende 1994 vertraglich vereinbarte Reduzierung der deutschen Streitkräfte, auf 370.000 Soldaten.

Im Zuge dieser Diskussion wird sich die Bevölkerung mit den Pro- und Kontraargumenten vertraut machen; es ist wahrscheinlich, daß als Ergebnis dieses Prozesses die Funktionserweiterung auf die Sekundärfunktionen im wesentlichen nicht erfolgen wird, daß aber die Primärfunktionen erweitert werden (Internationalisierung von Streitkräften; Polizei- und Schutzfunktionen im Auftrag der UN; Verifikation und Abrüstungskontrolle).

Wertewandel und Funktion der Streitkräfte

Im Hintergrund dieser Diskussionen liegen tiefgreifende Prozesse des sozialen und politischen Wandels, die zu neuen Problemlagen und Problemsichten, zu neuen Auffassungen über politische und soziale Aufgaben geführt haben. Summarisch können diese Veränderungen auf der individuellen und kollektiven Bewußtseins-ebene als das bezeichnet werden, was heutzutage häufig Wertewandel oder Wertewandel genannt wird.

Dieser Wandel ist verbunden mit der Veränderung allgemeiner sozialer, politischer und gesellschaftlicher Einstellungen und Orientierungen gegenüber Sicherheit allgemein sowie gegenüber militärischer Sicherheit, Verteidigung und Streitkräften.

Nach unseren Analysen und empirischen Untersuchungen lassen sich derzeit zwei paradigmatische, mit Werten und soziomoralischem Bewußtsein verbundene Interpretations- und Orientierungsmuster unterscheiden (vgl. Kohr und Räder, 1990). Die mit diesen Mustern verbundenen Konzepte, Perspektiven, Prioritäten und Präferenzen charakterisiert vereinfachend und zusammenfassend Tabelle 1. Der Wandel zeigt sich vor allem darin, daß in unserer Gesellschaft das tradierte Muster allmählich durch das innovative Muster abgelöst wird. Bezogen auf politische Interpretationen, Prioritäten und Aufgaben spricht Raschke, dessen Ausführungen unsere Arbeiten wesentlich beeinflußt haben, in diesem Zusammenhang von einem "politischen Paradigmenwechsel" (vgl. Raschke, 1980).

Tabelle 1: Wertewandel: Paradigmatische Interpretations- und Orientierungsmuster

Tradierte und innovative Einstellungen, Perspektiven, Prioritäten und Präferenzen

Teil A. SOZIAL UND POLITISCH ¹	
Tradiert	Innovativ
<p>Betonung von ökonomischer und physischer Sicherheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wirtschaftliches Wachstum; Erwirtschaftung von Gewinnen; öffentliche Ordnung; - linear-kausales Denken; - Information und Kommunikation; - typische programmatisch-rhetorische Begriffe: Ordnung; Autorität; persönliche Leistung; individuelle Freiheit; Pflichten; 	<p>Betonung von ökologischer und sozialer Sicherheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beseitigung ökologischer Gefahren und Probleme; weniger unpersönliche Gesellschaft; eventueller Verzicht auf Wachstum/Profit zugunsten ökologischer Sicherheit; - systemisches Denken; - Dialog und Diskurs; - typische programmatisch-rhetorische Begriffe: Emanzipation; Selbstverwirklichung; Basis-Demokratie; Gleichheit; Solidarität; Lebensqualität;
Teil B. MILITÄRISCHE SICHERHEIT UND STREITKRÄFTE 1)	
<ul style="list-style-type: none"> - die Streitkräfte werden als selbstverständliche Institution des Staates angesehen und akzeptiert; - Rudimente des alten Feindbildes (Gefühl der Bedrohung primär durch den Osten) sind noch vorhanden; - militärisches Gleichgewicht wird als minimale Voraussetzung für langfristige Friedenssicherung gesehen; - Sicherheit durch Stärke und Kontrolle; - moderne Bewaffnung gilt als notwendig; Abrüstung erscheint als problematisch; einseitige Abrüstung gilt als nicht akzeptabel, als zu riskant; - Nuklearwaffen werden als "notwendiges Übel" begriffen; ihr möglicher Einsatz gilt aber als äußerst problematisch; - Wehrdienst: Indifferenz oder Akzeptanz, meist ohne hohe Motivation; Öfter Verweis auf (ökonomische) Benachteiligung durch dessen Ableistung. 	<ul style="list-style-type: none"> - die Position zu den Streitkräften ist kritisch bis ambivalent; - das alte Feindbild ist nicht mehr relevant; primär ist das Gefühl der Bedrohung durch die in Ost wie West vorhandenen nuklearen Overkillkapazitäten; - bei der langfristigen Friedenssicherung ist die militärische Stärke von sekundärer Bedeutung; - Sicherheit durch Dialog und Vertrauensbildung/Partnerschaft - Abrüstung wird generell befürwortet; einseitige Abrüstung gilt als möglicher Weg; - Abschaffung aller Nuklearwaffen wird gefordert; ihr Einsatz ist keinesfalls tolerabel; - Wehrdienst: problematisch, Dominanz der Ablehnung; Kriegsdienstverweigerung gilt als akzeptabel und wird meist präferiert.

Während das innovative Muster eher für Jugendliche/junge Erwachsene gilt (und hier insbesondere für den Anteil mit hoher formaler Bildung/Ausbildung), ist das tradierte Muster eher in der Generation vertreten, die in grober Annäherung als Generation

1 Im Sinne der Prägnanz vereinfachte, auf empirische Befragungen bezogene Muster

der Großeltern der heutigen Jugendlichen bezeichnet werden kann. Die Unterschiede zwischen der Generation der heutigen Jugendlichen und der ihrer Eltern sind dagegen weniger deutlich. Besonders hervorzuheben ist aber, daß derzeit für die Mehrheit der Bevölkerung beide Muster attraktiv und bedeutsam sind: Es wird gewissermaßen nach einer möglichst konfliktarmen Zusammenführung der als positiv angesehenen Aspekte beider Muster gesucht. Das alte Paradigma ist der Grund, auf dem die Figur des neuen zunehmend an Prägnanz und Gestalt gewinnt. Im Paradigmenwechsel vermischen sich daher gewöhnlich tradierte und neue Elemente. So zeigen sich in Befragungen auch die Muster in der "reinen" Form seltener als Übergangs- und Mischformen. Mit den Thesen vom fortgeschrittenen Wertewandel und Paradigmenwechsel ist der Befund vereinbar, daß sich das tradierte Muster in der charakteristischen Form seltener findet als das innovative.

Wertewandel ist nicht als ein Phänomen "sui generis" anzusehen, sondern als eine Folge von individuellen und kollektiven Lern- und Adaptationsprozessen. Zwischen sozialer und politischer Realität auf der einen und Bewußtsein auf der anderen Seite besteht allerdings eine Interaktion, d.h. Realität verändert das Bewußtsein, aber das Bewußtsein modifiziert auch die Realität.

Wie schon weiter oben festgestellt, sind neue Problemlagen dominant geworden (Ökologie; Nord-Süd- und Ost-West-Migration; Alterssicherung; Arbeitsplatzsicherung). Unsere Gesellschaft wird darüber nachdenken müssen: wie sich relative Sicherheit gegenüber diesen Risiken herstellen läßt - von der Vorstellung der Sicherheit schlechthin haben wir uns ohnehin verabschieden müssen (siehe Beck, 1986 zur "Risikogesellschaft").

Es geht letztlich um gesellschaftliche Zukunftssicherung.

Wehrdienst und Gesellschaftsdienst: Erste Untersuchungsergebnisse

Im Zusammenhang mit der Frage nach Möglichkeiten gesellschaftlicher Zukunftssicherung sind die empirischen Befragungen zu sehen, die wir 1989 zum Thema "Gesellschaftsdienst" mit der Frage nach der Akzeptanz von Wahlmöglichkeiten eines für junge Frauen und Männer obligatorischen Gesellschaftsdienstes begonnen haben. In diesen Untersuchungen geht es darum zu ermitteln, was speziell junge Leute, die den Dienst gegebenenfalls ausführen sollen, über neue und andere Aufgaben der Streitkräfte denken, wie sie das Verhältnis von Militär und Gesellschaft sehen, wie sie die Notwendigkeit oder Überflüssigkeit von Militär begründen und was sie von einem Wehrdienst halten, der Teil eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes mit verschiedenen, wählbaren Dienstalternativen ist, den es jedoch in der Bundesrepublik nicht gibt. Über erste Ergebnisse dazu soll abschließend berichtet werden.

Die Untersuchung fand im März 1990 statt. Es sollte ermittelt werden, ob junge Leute (18-28jährige Frauen und Männer) die Idee eines solchen Gesellschaftsdienstes akzeptieren.

Da weder eine Wehrpflicht für Frauen noch eine Dienstverpflichtung oder ein soziales Pflichtjahr (letzteres kann aber freiwillig geleistet werden) eingeführt sind, lautete die somit hinsichtlich des Gesellschaftsdienstes hypothetische Ausgangslage:

"Angenommen, es gäbe in der Bundesrepublik für alle jungen Männer und Frauen die gesetzliche Pflicht zur Leistung eines 15monatigen Gesellschaftsdiensts, d.h., nach der Schule oder der Ausbildung, so im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, müßte jeder Jugendliche diesen Dienst antreten, wobei er bzw. sie zwischen folgenden Aufgabenbereichen wählen könnte."

Es wurden sieben Aufgabenbereiche vorgegeben:

Krankenbetreuung, Entwicklungshilfe, Altenbetreuung, Wehrdienst/Verteidigung, Behindertenbetreuung, Beseitigung von Umweltschäden/Umweltschutz, Kinderbetreuung.

Die Antwortverteilung zeigt, daß es bestimmte Aufgabenbereiche gibt, die in der Gesellschaft in Übereinstimmung mit Sicherheitsprioritäten präferiert werden, während andere weniger akzeptiert sind. Vor allem präferiert wird, von Männern und Frauen gleichermaßen, der Umweltschutz. Dann folgt der Bereich der Entwicklungshilfe, dann Krankenbetreuung und Kinderbetreuung. Alten- und Behindertenbetreuung wird dagegen relativ gering präferiert. Ebenfalls gering ist die Bereitschaft für Wehrdienst und Verteidigung.

Natürlich gibt es hier Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die mit der klassischen Rollenverteilung in der Gesellschaft zu tun haben, aber auf Details kann hier nicht näher eingegangen werden (vgl. dazu Kohr, 1990, 1991).

Festzuhalten ist, daß es unter Jugendlichen eine große Engagementbereitschaft für die skizzierten gesellschaftlichen Aufgaben gibt. Wenn ähnliche Modelle wie der in der Frage umrissene Gesellschaftsdienst realisiert würden, wäre zwar die Bereitschaft zum Wehrdienst vergleichsweise gering, es gäbe aber immerhin eine beträchtliche Anzahl von jungen Leuten (und hier geht es natürlich rollenbedingt in erster Linie um Männer), die sich für diesen Bereich dann freiwillig entscheiden würden, die meinen, dies sei der Bereich unter den sechs anderen, in dem ihre Arbeit, ihr Einsatz sinnvoll wären.

Schließlich ist bemerkenswert, daß Präferenz bzw. Aversion über alle sieben Aufgabenbereiche streuen. Zwar wurden bestimmte Aufgaben bevorzugt gewählt, aber es würden sich auch Minderheiten für die offenbar als besonders hart eingeschätzten Dienste (Altenbetreuung; Behindertenbetreuung; Wehrdienst) entscheiden.

Läßt man einmal die generelle Problematik der Etablierung eines Gesellschaftsdienstes, die oben im Zusammenhang mit der Frage der Übernahme von Sekundärfunktionen durch die Streitkräfte bereits angedeutet wurde, sowie Fragen der konkreten Gestaltung der Dienste außer acht, so sprechen die Ergebnisse der ersten Untersuchungen dafür, daß durch den Gesellschaftsdienst ein wesentlicher Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme der Sicherung von sozialen Dienst- und Hilfeleistungen geleistet werden könnte.

Wenn man allerdings den jungen Leuten einen solchen Dienst gegen geringes Entgelt zumuten würde, dann müßte die Gesellschaft gewissermaßen im Gegenzug berufs- bzw. ausbildungsbezogene Unterstützungen und Hilfen/Vergünstigungen nach der Gesellschaftsdienstzeit anbieten.

Sicherung der Zukunft - zur Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Diskurses

Die zuletzt vorgestellten Ergebnisse und Überlegungen sind, das sei abschließend nochmals betont, als vorläufig zu betrachten; die Fragen, die sich im Hinblick auf einen Gesellschaftsdienst stellen, sind vielfältiger und komplexer, als dies hier dargestellt werden konnte (vgl. Moskos, 1988; Kuhlmann, 1990; Kohr, 1990). Ob der Gesellschaftsdienst ein akzeptabler Beitrag zur Milderung der neuen Sicherheitsrisiken sein kann oder nicht - der Druck der öffentlichen Meinung in Richtung auf Reaktionen der Gesellschaft gegenüber diesen Risiken wird sich verstärken. Vor dem Hintergrund des Bedrohungsschwunds und dem Ende des "Kalten Krieges", der sozialen und politischen Veränderungen in Ost-Europa, der anstehenden Truppenreduzierungen, aber auch in der Folge der neuen Bedrohungen und Risiken und als Konsequenz des mit allen diesen Entwicklungen verbundenen Wertewandels, ist es erforderlich, daß der gesellschaftliche Diskurs über die Frage, wie in der Zukunft den Risiken angemessen zu begegnen sei, intensiviert wird.

Die unausweichlichen Diskussionen um die Reduzierung der Streitkräfte, die Anpassung an die neue Sicherheitslage, die europäische Integration etc. werden dabei eine Katalysatorfunktion für das generelle Problem der Neubestimmung der Funktion der Streitkräfte, für die Frage der Beibehaltung der Wehrpflicht und für neue Ansätze wie den des Gesellschaftsdienstes haben.

Literatur

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main, Suhrkamp 1986.

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt, New York, Campus, 1989.

Kohlberg, Lawrence: The Psychology of Moral Development. San Francisco, Harper & Row, 1984.

Kohr, Heinz-Ulrich: Public Opinion Surveys on Security Policy and the Armed Forces - Policy Polling or Scientific Research?. München, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, SOWI-Arbeitspapier 25, 1989.

Kohr, Heinz-Ulrich: Wehrdienst als Teil eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes? Überlegungen und Ergebnisse einer Pilot-Studie zur gesellschaftlichen Engagementbereitschaft von 18-28jährigen Männern und Frauen. München, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, SOWI-Arbeitspapier 42, 1990.

Kohr, Heinz-Ulrich: Der Gemeinschaft verbunden. Allgemeiner Gesellschaftsdienst für Männer und Frauen? Information für die Truppe. Zeitschrift für Innere Führung. Bonn, Bundesministerium der Verteidigung, Heft 2/91, S. 12-21.

Kohr, Heinz-Ulrich und Ekkehard Lippert: Funktionswandel in acht Thesen. Streitkräfte - Gesellschaft - Öffentlichkeitsarbeit. Information für die Truppe. Bonn, Bundesministerium der Verteidigung, Heft 12/90, S. 66-77.

Kohr, Heinz-Ulrich und Hans-Georg Räder: Politischer Paradigmenwechsel und sicherheitspolitische Orientierungen in der Bundesrepublik und in Frankreich. München, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Bericht 51, 1990, S. 67-137.

Kuhlmann, Jürgen: West Germany - The Right not to Bear Arms. In Donald Eberly und Michael Sherraden (Hrsg.): The Moral Equivalent of War? A Study of Non-Military Service in Nine Nations. New York, Westpoint, London, Greenwood Press, 1990, S. 127-150.

Kuhlmann, Jürgen und Ekkehard Lippert: Wehrpflicht Ade? Argumente wider und für die Wehrpflicht in Friedenszeiten. München, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, SOWI-Arbeitspapier 48, 1991a, S. 29-38.

Kuhlmann, Jürgen und Ekkehard Lippert: Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in der Bundesrepublik Deutschland. München, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, SOWI-Arbeitspapier 49, 1991b.

Moskos, Charles C.: A Call to Civic Service. National Service for Country and Community. New York, The Free Press, 1988.

Räder, Hans-Georg: "Sicherheit" als interpretatives Weltverhältnis. Bedrohungsbeußtsein und Wertewandel. München, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Bericht 55, 1991.

Raschke, Joachim: Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien. Aus Politik und Zeitgeschichte, 1980, B 36/80, S. 23-45.

Rokeach, Milton: The Nature of Human Values. New York, The Free Press, 1973.

Wertewandel(n) - Bundeswehr und Gesellschaft. Beiheft 3/1989 der Information für die Truppe. Bonn, Bundesminister der Verteidigung.